

Könnte Verhütung bald kostenlos sein?

Bis Jahresende 2023 will Gesundheitsminister Johannes Rauch Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie zu Gratisverhütungsmitteln vorlegen.

Aktuell werden in Österreich die Kosten für Verhütungsmittel nicht von den Krankenkassen übernommen, anders als in anderen europäischen Ländern wie etwa Italien, Frankreich oder Luxemburg.

Die Preise für Verhütungsmittel sind unterschiedlich hoch: die Kupferspirale kostet ca. 500 Euro, eine Monatspackung Pille zwischen vier und 15 Euro; eine Packung Kondome (12 Stück) rund 10 Euro. Befürworter/innen der Gratisabgabe von Verhütungsmitteln fordern die Übernahme durch den Staat

pro +



Meri Disoski
Frauensprecherin und stv. Klubobfrau der Grünen

Der Zugang zu sicheren Verhütungsmitteln ist ein Menschenrecht. 1994 hat Österreich den ungehinderten Zugang zu sicheren, gesundheitlich verträglichen und finanziell erschwinglichen Verhütungsmethoden auf der UN-Weltbevölkerungskonferenz als Ziel erklärt. Dieses Ziel ist bisher nicht erfüllt worden. Noch immer ist Österreich eines der wenigen Länder in Westeuropa, in dem weder Verhütungsmittel noch Schwangerschaftsabbrüche von den Krankenkassen übernommen oder anfallende Kosten rückerstattet werden.

Auch wenn Verhütung eigentlich nicht Frauensache ist, übernehmen trotzdem 42 Prozent der Frauen die alleinige Verantwortung dafür. So entstehen für die Pille im Laufe des Lebens Kosten von mehreren tausend Euro. Besonders sichere Verhütungsmittel wie die Spirale stellen mit Kosten von ca. 500 Euro für viele Frauen eine hohe finanzielle Hürde dar.

Verhütung ist somit in Österreich eine Frage des Geldes. Das ist problematisch, weil Frauen deshalb auf günstigere und weniger sichere Verhütungsmittel ausweichen. Oder gar nicht verhüten, wenn das Geld knapp ist. Das beraubt Frauen ihrer Wahlfreiheit und führt gleichzeitig zu ungewollten Schwangerschaften. Kostenlose Verhütungsmittel sind also absolut unverzichtbar, um die reproduktive Selbstbestimmung und körperliche Unversehrtheit von Frauen zu gewährleisten.



Sollen Verhütungsmittel gratis werden?

Welche Meinung vertreten Sie? Stimmen Sie ab unter www.familie.at/prouncontra oder schreiben Sie uns an presse@familie.at.

© Bigc Studio/Shutterstock.com

vor allem aus frauenpolitischer Sicht, während Gegner/innen mit hohen Kosten für die Steuerzahler/innen argumentieren.

Wie hoch die Ausgaben für die Abgabe von Gratisverhütungsmitteln sein könnten, ist nicht bekannt; ebenfalls offen ist, wie die Auswirkungen dieser Maßnahme überprüft werden können. Da es in Österreich keine anonymisierte Statistik über die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche gibt, ist es nicht möglich zu prüfen, ob die kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln die Anzahl der Abtreibungen reduziert.

contra



Doris Gruber
Gynäkologin

Wenn über Gratisverhütung gesprochen wird, geht es meist um die ökonomischen Vorteile. Medizinisch relevante Hintergründe, die bei Verabreichung von Hormonprodukten entstehen können, werden vernachlässigt.

Die Anwendung der hormonellen Verhütungsmethoden kann den Menstruationszyklus für viele Frauen erträglicher machen und zu einer Besserung bei schmerzhaften, häufigen und irregulären Blutungen, vermehrter Aknebildung und Haarausfall führen. Dieselben Beschwerden betreffen viele Mädchen in der Pubertät, weshalb häufig eine „Pille“ verschrieben wird. Durch die Hormongabe wird das Hormonsystem der pubertierenden Mädchen ruhiggestellt und die Beschwerden verschwinden meist. Unzureichend erforscht sind bedauerlicherweise Auswirkungen auf das sich entwickelnde Hormonsystem der jungen Frauen. Zu bedenken sind außerdem mögliche Nebenwirkungen hormoneller Verhütung wie die Risikosteigerung für thromboembolische Ereignisse oder Depressionen.

Wenn nun eine Gratisabgabe, die in Wirklichkeit eine Kostenübernahme durch die Allgemeinheit ist, möglich wird, besteht die Gefahr einer noch sorgloseren Abgabe von Hormonpräparaten für immer jünger werdende Mädchen. Die gesundheitlichen und langfristigen Risiken für Frauen sollten dabei keinesfalls einer Gratisverfügbarkeit geopfert werden.

© Ernst Kainerstorfer

© C. Zoe Opratko

Das Ergebnis unserer letzten Umfrage:

64% sind gegen eine Umbenennung des Mutter-Kind-Passes in „Eltern-Kind-Pass“, 36% sind dafür.